



Mitgliederinfo  
Magdeburg, im September 2023



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
sachsen-anhalt

**DPoIG**  
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT  
im DBB

DPoIG, Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.  
Landesgeschäftsstelle, Schleifufer 12, 39104 Magdeburg  
Telefon: (0391) 50 67 492 www.dpolg-st.de Mail: info@dpolg-st.de

# Land muss 273 Mio. Euro für Kreditzinsen bezahlen

Quelle: Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 04. Juli 2023

Die Mitteldeutsche Zeitung berichtete bereits am 04. Juli 2023, muss Sachsen-Anhalt 273 Millionen Euro nur für Kreditzinsen bezahlen. Weiter hieß es „... Der Landesrechnungshof hat die Landesregierung aufgefordert, mehr Geld zur Schuldentilgung einzusetzen. Steigende Zinsen würden die Spielräume im Haushalt schmälern... Tilgungen müssten künftig planmäßig vorgesehen werden, es dürfe sie nicht nur bei guter Konjunktur geben.

Der Schuldenberg des Landes liegt aktuell bei rund 22,5 Milliarden Euro. Steigende Zinsen würden zu einer erheblichen Belastung führen... .

Im vergangenen Jahr lagen die Zinsausgaben des Landes bei 273 Millionen Euro. Nach einer Prognose des Finanzministeriums könnten diese 2026 um rund 220 Millionen Euro höher liegen. Seit 1990 hatte das Land nach Angaben des Rechnungshofs insgesamt mehr als 18,3 Milliarden Euro für Zinsen ausgegeben, ohne den Schuldenberg zu verringern. Aufgrund der Zinswende werde dieser Umstand nun richtig teuer, hieß es.

Zur Aufstellung eines ausgeglichenen Landeshaushalts 2024 muss die Landesregierung nach eigenen Angaben noch eine Lücke von etwa 500 Millionen Euro schließen. Insgesamt sollen dem Land im nächsten Jahr rund 14,5 Milliarden Euro zur Verfügung stehen.

Die Politik neige dazu, das vorhandene Geld auch auszugeben, sagte Barthel. „Man vergisst, dass durch eine Schuldentilgung natürlich die Spielräume extrem verbessert werden könnten.“ Perspektivisch müsse man sich zudem die großen Blöcke im Haushalt anschauen, beispielsweise die Personalkosten. Hier lägen die Ausgaben aktuell bei etwa vier Milliarden Euro pro Jahr – vor den anstehenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder. Man müsse insgesamt schauen, wo man nennenswert überbesetzt sei und sich mehr Personal als andere Länder leiste, sagte der Rechnungshofpräsident. Die Behörde kündigte am Montag an, in diesem Rahmen einen Sonderbericht zur Tragfähigkeit der Landesfinanzen erstellen zu wollen. „Wie verhindern wir, dass die, die heute Politik machen, das Brot von morgen verzehren?“, sagte Barthel zur Zielstellung der Prüfung.

